

die Leser, Hörer und Zuschauer unserer Medien täglich spürbar ist. Sie haben zugleich gefordert, daß niemals wieder Selbstherrlichkeit einzelner Funktionsträger in Partei und Gesellschaft an die Stelle kollektiver Weisheit in der Informations- und Medienpolitik tritt und über den Inhalt dieser Politik entscheidet, daß das Volk der DDR in seinen Medien nie wieder gar nicht, schlecht oder falsch informiert wird.

Nie wieder dürfen sich Dinge wiederholen, wie die zunächst von uns im ADN gutgläubig entgegengenommene schriftliche Versicherung bei der Einschränkung von CSSR-Reisen, daß Urlauber dadurch nicht betroffen seien, oder der schlimme Satz, wonach ausreisenden DDR-Bürgern keine Träne nachzuweinen sei - Texte, an denen kein Mitarbeiter des ADN, ich eingeschlossen, auch nur mit einem Buchstaben oder einem Komma Anteil hatte, Texte, für die ich mich besonders schäme, weil ich es nicht verhindern konnte, daß sie über Kanäle des ADN verbreitet wurden.

Wir halten es wie unser Berufsverband, der VDJ, wie unsere Kollegen von Presse, Rundfunk und Fernsehen für notwendig, daß, neben anderem, klare Normen für den Rang des Journalismus, für die Rechte wie natürlich die Pflichten der Redaktionen und ihrer Mitarbeiter in Zukunft durch eine entsprechende Mediengesetzgebung eindeutig klargestellt werden. Im übrigen darf es im Zusammenwirken zwischen unserer Partei und Journalisten, die der Partei angehören, keinerlei Rückgriffe mehr auf alte, dirigistische Praktiken geben. Es sollte nun ein für allemal auch in diesem Bereich so sein, daß man einander zuhört, einander respektiert, daß kameradschaftlicher Meinungsstreit und Erfahrungsaustausch und nichts anderes zur eigenen Willensbildung über die Orientierung der Arbeit auf der Grundlage der Beschlüsse unserer Partei, des Demokratischen Blocks, der Volkskammer und der Regierung führen, die jeder Medienchef für sein Medium, jeder Journalist für sein Arbeitsgebiet dann voll verantworten muß.

In diesem Zusammenhang scheint es mir und vielen meiner Mitarbeiter geboten, die Rolle des ADN im Mediensystem unseres Landes eindeutig zu bestimmen, wozu verbindliche Aussagen zum Status, zu den Aufgaben, Rechten und Pflichten des ADN als staatliche Nachrichtenagentur gehören. ADN sollte nach meiner Auffassung ebenso wie andere staatliche Medien gegenüber der Volkskammer rechenschaftspflichtig sein. Auf jeden Fall ist das Verhältnis der Agentur zur Regierung und zur Volkskammer völlig neu zu gestalten. Ich spreche mich zudem dafür aus, bei der Agentur einen Beirat aus Repräsentanten aller Massenmedien des Landes, einschließlich der Zeitungen aller Parteien, Organisationen und Vereinigungen, zu bilden, damit ein breitgefächertes Spektrum von Meinungen